

STADTRUNDGANG ZUR KRISE UND IHREN PROFITEUR_INNEN

1. Paradeplatz:

Die Finanzbranche litt in den ersten Monaten der Krise unter den sinkenden Börsenkurse. Doch bald lernte man, wie man auch in der unsicheren Situation neue Rekordgewinne einfahren kann. Das Beispiel Blackrock zeigt zudem auf, wie die politischen und privatwirtschaftlichen Interessen miteinander verschmelzen.

2. McKinsey & Company:

Beraterfirmen erhielten in den vergangenen Monaten weltweit Milliardenaufträge, um Regierungen und Unternehmen während der Krise zu beraten. So unterstützte man beispielsweise Staaten im Maskenkauf oder in der Ausarbeitung der Gesundheitskampagnen. Längerfristig geht es dabei um private Profitinteressen, die politisch durchgedrückt werden sollen.

3. CH-USA-Handelskammer

Verschiedene Interessensverbände des Kapitals nutzen die Krise, um die Profitinteressen zu stärken. Unter dem Vorwand der schlechten wirtschaftlichen Lage will man beispielsweise neue Liberalisierungen einführen.

4. Ameos:

Der Schweizer Konzern ist darauf spezialisiert, Kliniken aufzukaufen und dann nach einem neoliberalen Geschäftsmodell zu sanieren. Gerade die letzten Monaten zeigten, wie verheerend der Ausverkauf des Gesundheitswesens ist. (von GAP, Gruppe für eine antikapitalistische Praxis)

5. Post:

2004 wurde der Paketmarkt in der Schweiz vollständig liberalisiert. Die daraus folgenden prekären Arbeitsbedingungen verstärkten sich während des Lockdown exponentiell, als die Paketmengen von einem Tag auf den anderen in nie zuvor erreichte Höhen stieg.

6. Krankenkassen:

Krankenkassen lobbyieren für Spardruck im Gesundheitswesen und erhöhen gleichzeitig die Kosten der Versicherten dauernd. Sie sind zugleich Akteur und Ausdruck eines falschen Finanzierung des Gesundheitswesens.

7. ORS:

Geflüchtete Menschen sind von der Pandemie besonders hart betroffen. In Lager und Bunker, wo sie zu leben gezwungen sind, sind jegliche Schutzmassnahmen unmöglich. Das nicht zuletzt, weil die Betreiberin vieler dieser Lager, die ORS Service AG, auch in den vergangenen Jahren nicht auf Millionengewinne verzichten wollte. (von KRISO)

8. Widerstand:

Als Abschluss ein kurzer Ausblick aufkommende Kämpfe und Widerstandsmomente.

AUSFÜHRLICHE DOKUMENTATION ZU DEN VERSCHIEDENEN POSTEN: WWW.AUFBAU.ORG

1. Einleitung

Mit der Corona-Pandemie stürzte der Kapitalismus in eine neue Krise. Doch wie in jeder kapitalistischen Krise zuvor gab es auch in den letzten Monaten verschiedene Profiteur_inne. Die Folge hiervon ist einfach zu beschreiben und mittlerweile von verschiedensten Untersuchungen belegt: Die Reichsten wurden reicher, die Ärmsten ärmer. In den acht Posten, die wir im Folgenden besuchen werden, versuchen wir dies in unterschiedlichen Themenbereichen aufzuzeigen. Dabei handelt es sich natürlich um eine Auswahl, die mit der pragmatischen Entscheidung zusammen hängt, was als Route überhaupt ablaufbar ist – denn zu besuchen gäbe es viele Akteur_inne.

Wenn wir im Folgenden von Profiteur_innen oder Akteur_innen sprechen, meinen wir damit nicht, dass sich einzelne Unternehmen eine solche Krise gewünscht hätten oder dass sie heute zwingend besser dastehen als zuvor. Allerdings gibt es zahlreiche Firmen, die die Lage für ihre Profitmaximierung nutzen. Ein anschauliches Beispiel hierfür findet sich bei H&M, dessen Verkaufslokal sich einige hundert Meter weiter die Bahnhofstrasse hinunter befindet. Das Modegeschäft gehört alles andere als zu den eigentlichen Krisengewinnern. Und nicht erst seit der Corona-Krise hat das Unternehmen Mühe, im immer weiter wachsenden Online-Geschäft mitzuhalten. Seit einigen Jahren plant man bei H&M deswegen eine umfassende Umstrukturierung, bei der auch Angestellte entlassen werden sollen. Bekannt wurde beispielsweise, wie das Unternehmen in Deutschland plant, 800 Stellen zu streichen. Davon betroffen sind aktuell aber vor allem jene Mitarbeitenden, die nicht an den umsatzstarken Abenden und an den Samstagen arbeiten können – und das sind überwiegend Teilzeit arbeitende Mütter.

Legitimiert werden solche Umstrukturierungen und Entlassungen heute mit der Corona bedingten Geschäftslage. Doch wie so oft geht es dabei um eine langfristige Profitsteigerung durch Flexibilisierung, deren Umsetzung mit der Krise plötzlich leichter fällt. Solche Mechanismen zeigen sich längst nicht nur in der Wirtschaft. Auch der Staat wird in den folgenden Jahren neue Sparprogramme durchzudrücken versuchen, indem er auf die „ausserordentliche“ Lage und auf die angeblichen Sachzwänge hinweist. Davon gibt es bereits heute Vorankündigungen. Im März verkündete beispielsweise der Finanzminister Ueli Maurer, dass „massive Sparprogramme nötig“ seien. Und im April mahnte er, dass die Bundesverwaltung zu viel «Speck angesetzt» habe, weil sie «noch nie richtigen Spardruck erlebt hat».

Zwischen hohen Verlust und Rekordgewinnen bewegen sich auch die hier um uns herum angesiedelten Banken. Auch die Finanzbranche litt in den ersten Monaten stark unter der Krise und den sinkenden Börsenkurse. Zugleich wusste man aber, wie man die Situation zu den eigenen Gunsten nutzen konnte. Spätestens ab Sommer 2020 gab es neue Rekordgewinne, was nicht nur mit der Lage an der Börse, sondern auch mit einer neuen Risikobereitschaft zu tun hatte – die jüngsten Skandale der Credit Suisse zeigen auf, wie diese Risikobereitschaft auch nach hinten losgehen kann. Ein Beispiel, das die unterschiedlichen Mechanismen von Krise und Profit der Finanzwirtschaft besonders sichtbar macht, ist der Vermögensverwalter Blackrock, dessen Sitz sich einige Meter von hier entfernt an der Bahnhofstrasse befindet, und der schon in der Finanzkrise 2008 zu den grossen Gewinnern gehörte.

Zu Beginn der Pandemie musste Blackrock wie andere auch grosse Verluste einstecken, konnte dies jedoch rasch durch neue Gewinne wegmachen. Dazu setzte man beispielsweise auf fallende Kurse – ein Mechanismus, der zum Alltag am Börsengeschäft gehört. Später profitierte man unter anderem von Beteiligungen an Tech-Firmen und dem anhaltenden Börsenboom. Da dieser bis heute vor allem von den staatlichen Konjunkturprogrammen angekurbelt wird, die frisches Kapital an die Börse bringen, profitieren Vermögensverwalter und Investmentunternehmen weitaus stärker als andere Bereiche von der Krise und den staatlichen Antworten darauf.

Zugleich wurde Blackrock noch stärker als zuvor zu einer politischen Kraft, indem sie in die staatliche Krisenbewältigung eingespannt wurde. Nachdem die US-Zentralbank im März 2020 ankündete, nicht nur Staatsanleihen, sondern auch Anleihen privater Firmen aufzukaufen, um damit Konkurse zu vermeiden, wurde Blackrock beauftragt, das Programm umzusetzen. Dieses Mandat ist sonderbar, hält der Vermögensverwalter doch selbst Anteile an Firmen, die es zu retten galt. Doch auch in anderen Ländern nahm Blackrock während der Pandemie eine solche Doppelrolle ein. In Kanada wurde der Vermögensverwalter beispielsweise als Berater angeheuert, um die staatliche Krisenpolitik zu gestalten. Und von der EU erhielt Blackrock 2020 einen Auftrag, um die Bankenlandschaft nachhaltig zu sichern – besonders absurd dabei: Der Vermögensverwalter, der Milliarden an Beteiligungen an Öl-Firmen hält, sollte die EU auch in Nachhaltigkeit und Klimaschutz beraten.

Während die wirtschaftliche Krise anhält, baut Blackrock seine politische und wirtschaftliche Vormachtstellung weiter aus. Beispiele wie diese werden uns im Folgenden noch einige Male begegnen. Entsprechend ist es kein Zufall, dass wir am Paradeplatz starten. Dafür gibt es jedoch noch einen zweiten Grund. Als symbolischer Ort des Kapitals enthält der Paradeplatz zugleich eine Antwort, dass man diese Krise auch anders angehen kann, nämlich indem man sich das Geld dort holt, wo es ist. Nicht durch Umverteilung, sondern durch Enteignung.

2. McKinsey & Company

Wir stehen hier vor dem Zürcher Sitz von McKinsey. Das amerikanische Unternehmen gehört zu den grössten Beraterfirmen der Welt und bietet von betrieblichen Optimierungsansätzen bis zu Steueroptimierung verschiedenste Angebote. Zwar schrumpfte in den ersten Monaten der Pandemie auch der Markt für Beraterfirmen, doch mittel- bis langfristig gehört McKinsey zu den grossen Krisenprofiteuren, nicht zuletzt weil die Beratungen auch in der Krise gefragt waren.

Unter anderem beriet McKinsey seit Beginn der Krise Amazon, wie es seine Logistik der Situation anpassen kann. Daneben veröffentlichte McKinsey in den letzten Monaten zahlreiche Studien zur Krise, beispielsweise wie sich im Gesundheitsbereich mit Digitalisierung sparen lässt oder wie Unternehmen die Krise nutzen können, um ihre Produktivität zu erhöhen. Freilich sind solche Optimierungswünsche nichts neues, sondern gehören zum Kerngeschäft der Beraterfirma. McKinsey schlug Amazon beispielsweise schon vor langer Zeit vor, die Abläufe zu optimieren, etwa indem die Bearbeitungszeit einer Bestellung auf 10 Minuten reduziert werden soll.

Beraterfirmen beraten nicht nur Unternehmen, sondern auch staatliche Behörden. Die deutsche Regierung zahlte beispielsweise im letzten Jahr gut 433 Millionen Euro an externe

Beraterfirmen – eine Zunahme von 46%, die eng mit Corona zusammenhängt. Ernst and Young wurde beispielsweise für die Beratung zum Kauf von Schutzausrüstung angeheuert und erhielt hierfür einen Millionenbeitrag – unter anderem prüften sie den Kauf der Masken durch die Schweizer SVP-Firma EMIX und hatten nichts an den fehlerhaften und zu teuren Masken auszusetzen. In Grossbritannien erhielt McKinsey den Auftrag des Gesundheitsministeriums, die «Vision, die Ziele und das Narrativ» des Corona-Programms auszuarbeiten. Und in den USA waren es 2020 wohl mehr als 100 Millionen Dollar, die McKinsey von verschiedenen staatlichen Stellen für Beratermandate erhielt, unter anderem um Spitäler und lokale Gesundheitsdepartemente zu beraten.

Doch nicht nur in Sachen Corona wird beraten. McKinsey beriet beispielsweise die deutsche Regierung in den letzten Jahren auch in Migrationsfragen. Das deutsche «Bundesamt für Migration und Flüchtlinge» zahlte von 2015 bis 2020 gar 47 Millionen Euro an McKinsey. Dabei durfte die Beraterfirma unter anderem Studien ausarbeiten, beispielsweise zum Thema «Rückkehr – Prozesse und Optimierungspotentiale»: Kosten hierfür 1,86 Millionen Euro. Solche Beratungen sind oft eine merkwürdige Mischung zwischen viel zu teuren Banalitäten, die in hunderten Seiten nichts anderes als Wikipedia-Wissen hervorzaubern, und fatalen Rationalisierungsprozesse. Ein Beispiel für letzteres zeigt sich in einem Vorschlag von McKinsey. So solle man die Fälle künftig in Muster aufteilen, um die die Abläufe nach den unterschiedlichen Herkunftsländern zu rationalisieren – ein Quantifizierungsvorgang, der jenem der Fallpauschale nicht unähnlich ist: Damit einher geht nämlich eine neue und rigide Zeitvorgabe bei den Verfahren. Für einfache Herkunftsländer sollte es von der Anhörung bis zum Entscheid nunmehr nur noch 90 Minuten gehen, für kompliziertere Fälle 180 Minuten – unabhängig davon, wie komplex und einzigartig jeder Fall ist.

Externe Beratungen sind auch für die Schweiz nichts ungewöhnliches. So haben zwischen 2012 und 2017 mehr als zwei Drittel der Schweizer Gemeinden Berater_innen angestellt – Tendenz steigend. Die Beraterfirmen beraten die Gemeinden wenn es um Sparmassnahmen, die Finanzplanung oder die Rationalisierung der eigenen Bürokratie geht. Dass dies auch hierzulande nie im Interesse der Angestellten stattfindet und dass dies auch in der gegenwärtigen Krise äusserst problematisch ist, wird sich im Posten zur Post nochmals genauer zeigen. Doch auch hier lässt sich bereits allgemein zusammenfassen: Beraterfirmen sind dafür da, Profitmöglichkeiten zu erhöhen – für sich selbst wie auch für alle anderen Unternehmen.

3. Schweizerische–Amerikanische Handelskammer

Gleich neben uns befindet sich die Schweizerisch-Amerikanische Handelskammer. Diese wirbt für gegenseitige Investitionen und mehr Wirtschaftsfreiheiten. Sie äusserst sich allerdings auch zu politischen Vorgängen. So verteidigt man beispielsweise die «America first» Impfpolitik und warb vier Jahre lang für mehr Verständnis für die Wirtschaftspolitik Trumps, der man aufgrund der neuen Profite sehr angetan war.

Bei der Handelskammer hofft man die Krise dazu zu nutzen, die Wirtschaft wieder auf Kurs zu bringen. Damit ist man nur ein von vielen Beispielen, wie verschiedene Interessensverbänden des Kapitals aktuell um Einfluss in der Politik bemüht sind. Allen voran „Economiesuisse“, der Dachverband der Schweizer Wirtschaft. Deren Öffnungsfahrplan im Interesse der Wirtschaft glich nicht nur per Zufall jenem des Bundesrates, der die Vorgaben der Wirtschaft

widerstandslos übernahm. Fast immer geht es in solchen Vorschlägen nicht mehr nur um die kurzfristige Pandemie-Politik. Verschiedene Interessensverbände und Berater_innen preschen seit längerem mit Vorschlägen hervor, die sie als Intervention gegen die Krise verkaufen, mit denen sie allerdings vor allem alte Liberalisierungswünsche durchdrücken wollen. Die SVP und FDP schlagen beispielsweise vor, endlich neue Sonntagsverkäufe einzuführen. Pharmafirmen intervenierten beim Bund, dass er Impfpatente nicht freigeben solle. Und Avenir Suisse forderte unlängst eine «stärkere Rolle der Privatwirtschaft in der Pandemiebekämpfung». Zugleich warnt die neoliberale Denkfabrik vor «neuen und politisch gesteuerten Hilfsprogrammen».

Dem entgegen bietet Avenir Suisse eine einfache Krisenlösung: Wie jede Krise fördere auch die Corona-Krise die «Innovationskraft» und den «Strukturwandel». Solange das «Regulierungsgeflecht» nicht verstärkt werde, sieht Avenir Suisse eine rosige Zukunft, die der Markt regeln wird. Frohlockend verweist man in Artikeln beispielsweise auf Uber, Lyft oder Airbnb, die allesamt ihren Ursprung in den Umwälzungen der Finanzkrise 2008/09 hatten. Dass der wirtschaftliche Erfolg dieser Firmen vor allem auf Liberalisierung und Abbau der Rechte der Angestellten beruht, hat System: Gerade darin liegt die Zukunft, die den unterschiedlichen Beraterfirmen und Interessensverbänden des Kapitals vorschwebt. Und dies stösst auf Anklang. Bereits mehren sich die Stimmen in höchster parlamentarischer Instanz, die einen Abbau von Vorschriften und Arbeitsschutzmassnahmen verlangen, um damit der Wirtschaft noch bessere Profitbedingungen zu liefern.

4. Ameos (von Gap, Gruppe für eine antikapitalistische Praxis)

Ameos, ein Schweizer Konzern mit Hauptsitz am Bahnhofplatz in Zürich, ist darauf spezialisiert, Kliniken aufzukaufen und dann nach einem neoliberalen Geschäftsmodell zu sanieren. Zu den Hintergründen siehe Beitrag auf Barrikade: <https://barrikade.info/article/3673>

5. Post

Die Schweizerische Post als Marktführerin in der Paketzustellung gilt in diesem Sektor als eine der Profiteurinnen der Coronapandemie. So ist die Verlagerung des Warenhandels vom Ladengeschäft ins Internet, welche den Onlineversandhandel und somit die Mengen der zugestellten Pakete in den letzten Jahren schon explodieren liess, durch die staatlich verhängten Schliessungen der Geschäfte nochmals beschleunigt worden. Seit der Paketmarktliberalisierung im Jahre 2004 tobt auch in der Schweiz in diesem Sektor der Konkurrenzkampf der verschiedenen Paketlieferdienste. In der Logik der kapitalistischen Produktionsweise versuchen sich diese Lieferdienste im Paketpreis gegenseitig zu unterbieten, um sich so die Pakete der grössten Onlineversandhändler zu sichern. Die Post konnte seine höheren Paketpreise lange Zeit dadurch rechtfertigen, dass sie über ein gut ausgebautes Distributionsnetz und über sehr hohe Qualitätsstandards verfügt. Da die Konkurrenz in der Zwischenzeit aber diesbezüglich aufgeholt hat, ist auch die Post gezwungen, die Paketpreise zu senken. Da infolge der stetig steigenden Paketmengen die Sortierkapazitäten und die Fahrzeugflotte laufend erhöht werden müssen, beklagt sich die Post immer mehr über sinkende Paketmargen. In anderen Worten ausgedrückt zeigt sich hier ganz deutlich der tendenzielle Zerfall der Profitrate, dessen entgegenwirkende Massnahmen in den Angriffen auf die Löhne und die Arbeitsbedingungen zum Ausdruck kommen. Daher

verfolgt die Post schon länger eine Strategie, die zum Beispiel beim Konkurrenten DPD schon seit vielen Jahren vollständig umgesetzt wurde: die Auslagerung der Zustellung an Subunternehmen. Die Sihlpost Zürich eignet sich daher sehr gut als Ausgangspunkt, um die Entwicklung in der Distributionslogistik und im Besonderen bei der Post in den letzten dreissig Jahren aufzuzeigen.

Die Sihlpost Zürich wurde in den 1920er Jahren erbaut und ist seither die Hauptpoststelle der Stadt Zürich. Heute dient sie noch als eine Postfiliale in einem immer dünner werdenden Poststellennetz. In den fast hundert Jahren ihres Bestehens hatte die Sihlpost aber noch viele andere Funktionen inne. Für die aktuelle Entwicklung ist aber der Zeitraum ab den 1990er Jahren von Bedeutung. Zu diesem Zeitpunkt waren wegen steigenden Brief- und Paketmengen und damit verbunden Kapazitätsengpässen die Bereiche der Brief- und Paketverarbeitung bereits aufgeteilt. In Schlieren an der Stadtgrenze zu Zürich wurde ein Paketsortierzentrum, das aktuelle Briefsortierzentrum Zürich- Mülligen, in Betrieb genommen. In einem Anbau an die heutige Sihlpost wurde 1992 ein Briefsortierzentrum gebaut, welches aber bereits 2009 wieder abgerissen wurde. Durch die Liberalisierung des Fernmeldewesens wurde 1998 die staatliche Behörde PTT aufgelöst und ihre Aufgaben der Schweizerischen Post und der Swisscom übergeben. Unter dem Motto «Fit für den Markt» wurde die Post seither immer wieder umstrukturiert. Eine dieser grössten Umstrukturierungen war das sogenannte Projekt REMA, welches vorangetrieben wurde durch den damaligen Postchef Ulrich Gygi. Als Mitglied der sozialdemokratischen Partei war er massgeblich an der Rationalisierung der Briefverarbeitung verantwortlich, durch welche im Jahr 2008 die bisherigen Briefzentren Baden, Chur, St. Gallen, Winterthur und Zürich-Sihlpost in Zürich-Mülligen abschliessend zusammengeführt wurden. Durch diese Reorganisation waren 8'500 Postangestellte betroffen, 2'400 Stellen wurden dadurch abgebaut. In diese Zeit fallen dann auch die ersten Bestrebungen von Auslagerungen von Postdienstleistungen an Subunternehmen. Zu diesem Zeitpunkt verfügte die Post noch über einen grossen eigenen Fuhrpark an Lastwagen, welche die Postsachentransporte zwischen den Sortierzentren, den Zustellstellen und Postfilialen durchführten.

Die Paketzustellung, die bis zur Inbetriebnahme der Briefsortierung in Zürich-Mülligen dort stationiert war, wurde an zwei neue Standorte verlegt. Ein Standort ist mit einer Paketvorsortierstelle in Urdorf angesiedelt, der andere ist in Zürich-Oerlikon. Dem Standort in Oerlikon ist seither auch der ganze Transportbereich, der seit dieser Umstrukturierung in Zürich-Mülligen angesiedelt ist, organisatorisch als sogenannte Organisationseinheit angehängt. Da sich der ganze Transportbereich immer weniger

lohnte für die Post, bzw. nicht mehr profitabel geführt werden konnte, wurden die einzelnen Transporte zunehmend an Subunternehmen ausgelagert. Anders ausgedrückt heisst das, dass die Postsachentransporte von Arbeiter_innen ausgeführt werden, die besser ausgebeutet werden können als die eigenen Postangestellten, die zu den Bedingungen eines Gesamtarbeitsvertrages angestellt sind. 2015 wurde der Beschluss von der Konzernleitung der Post kommuniziert, dass der ganze Bereich endgültig ausgelagert wird. Fast 200 LKW-Fahrerinnen haben dadurch ihre Stelle verloren.

Eine der treibenden Kräfte in diesem Prozess war der Standortleiter von Zürich-Oerlikon. Er ist es auch, der seit Jahren in einem inoffiziellen Projekt Versuche in der Auslagerung der Paketzustellung unternimmt. Schon mehrfach wurde intern kommuniziert, dass die Zustellung

unter den Anstellungsbedingungen des aktuellen Gesamtarbeitsvertrages kaum mehr konkurrenzfähig ist. Durch die Strategie der Auslagerung können die Personalkosten erheblich gesenkt werden. Den Subunternehmen wird eine Entschädigung pro Paket bezahlt, die ungefähr ein Viertel unter den eigenen Produktionskosten liegt. Dieser Betrag wird aber nur unter der Voraussetzung ausbezahlt, dass sämtliche Qualitätsziele erreicht werden. Wenn diese Ziele verpasst werden, wird nochmals ein nicht unerheblicher Abzug pro Paket fällig. Bei einzelnen Subunternehmen werden diese Strafzahlungen dann oftmals auch auf die Zusteller_innen abgewälzt, was pro Monat mehrere hundert Franken ausmachen kann. Schon bei den bei der Post angestellten Zusteller_innen sind die Löhne tief und die Arbeitsbedingungen prekär. Für die Zusteller_innen bei den Subunternehmen werden die Bedingungen nochmals erheblich verschlechtert. Es zeigt sich deutlich, dass der Konkurrenzkampf um die tiefsten Paketpreise also immer damit verbunden ist, wer die Zusteller_innen besser ausbeuten kann. In Oerlikon haben sich die Zusteller_innen dieser Entwicklung in einem Arbeitskampf entgegengesetzt und vorerst einen Auslagerungsstopp erreicht. Trotzdem sind an diesem Standort aber bereits 30 Prozent der Touren ausgelagert und andere Zustellstellen ziehen nach.

In den Bestrebungen um die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit hat die Post ihre Prozesse vom Unternehmensberater McKinsey überprüfen lassen. Neben den Auslagerungen von einzelnen Bereichen ist die Optimierung der Arbeitsprozesse ein wichtiges Mittel der kapitalistischen Produktionsweise, die Profite für das Unternehmen zu sichern. Bei der Post bedeutet dies, dass seit Anfang dieses Jahres die produktiven Bereiche von Brief- und Paketpost organisatorisch zusammengelegt wurden und wo immer möglich Synergien genutzt werden. Während dies für die Post zumindest kurz- und mittelfristig mehr Gewinn bedeutet, ist es für die Postangestellten mit mehr Arbeitsdruck, Angst vor Jobverlust oder zunehmender Arbeitsteilung verbunden. Die Umstrukturierung läuft gerade erst an. Doch schon jetzt müssen sich viele Postangestellte neu auf ihre bisherige Stelle bewerben, da durch die organisatorische Zusammenlegung der Bereiche verschiedenste Stellen ab- oder umgebaut werden. Dadurch wird der individuelle Konkurrenzkampf unter den Postangestellten zusätzlich angefeuert. Diese kapitalistische Ideologie der Individualisierung und der Konkurrenz wird gerade mit einer grossen Informationskampagne den Postangestellten auf allen möglichen Kommunikationsebenen einzureden versucht. So meinte der neue Leiter des Logistikbereiches der Post in der neuesten Zeitung für das Postpersonal, dass er Menschen weniger mag, die ihr Potential nicht leben. Dem halten wir entgegen, dass sich das Potential der Menschheit jenseits von Kapitalismus, Ausbeutung und Unterdrückung erst richtig entfalten kann. Und um den Kapitalismus zu überwinden werden wir weiterkämpfen, auf den Strassen und in den Betrieben!

6. Krankenkassen

Wir befinden uns vor der Krankenkasse Sanitas und direkt damit verbunden ist der Dachverband santésuisse, genauer deren Unterstruktur tarifsuisse AG. Die Sanitas gehört zu den mächtigen Krankenkassen, die mit vier weiteren Krankenkassen-Riesen zusammen einen zusätzlichen Dachverband hat, die Curafutura, die innerhalb der santésuisse den Ton angibt.

Ihr hört es heraus, es geht hier um das öde Thema, wer wo dabei ist und zu welchem Zweck. Das ist leider sehr relevant, denn das Gesundheitswesen ist tariflich geregelt, in einer Arztpraxis werden Tarmedpunkte in Rechnung gestellt und im Spital Pauschalen der DRG. (Diagnosis related groups) und diese Pauschalen, d.h. welche medizinische Handlung wie viel

kosten darf, werden ausgehandelt. Darin ist die santésuisse ein sehr wichtiger Player - oder eben: die Tochter Tarifsuisse AG. Im O-Ton heisst es dann wohlklingend "tarifsuisse ag verhandelt für die Versicherten dank Verhandlungsmacht wirtschaftliche Tarife bei optimaler Qualität"

Es muss aber deutlich gesagt werden: es sind nicht die Krankenkassen, die das Gesundheitswesen so teuer machen! Die Krankenkassen stehen eher für den Spardruck, der dem Gesundheitswesen zusetzt, insbesondere der Pflege in Spitälern und Heimen.

Doch sind die Krankenkassen ein grosses Übel und ein Teil des Problems. So absurd es tönen mag, auch in diesem Fall sind die Beraterfirmen und deren Ideologie das Hauptproblem und die Krankenkassen sind nur eine Konsequenz davon. Das Hauptproblem ist der grundsätzliche Anspruch, von Gesundheit profitieren zu können. Und das wird unter anderem dadurch ermöglicht, dass Gesundheit zu einer mathematischen oder buchhalterischen Aufgabe zerlegt wird, deren Verwalterinnen die Krankenkassen sind.

Heinz Brand, SVP-Mann und Präsident dieser santésuisse hier, hat gegenüber dem Tages-Anzeiger zu Protokoll gegeben, er mache sich Sorgen, weil Zita die "Prämienzahler" im Parlament untervertreten seien. Wörtlich sagt er: «Die Leistungserbringer wie Ärzte, Spitäler oder Spitex sind im Parlament deutlich besser vertreten als die Krankenkassen».

Er setzt die Interessen der Krankenkassen mit den Interessen der Prämienzahlenden gleich. Was für eine Anmassung! Einerseits natürlich, weil es schlicht gelogen ist. Und ihr könnt die Krankenkassen-Lobby auf unserer Homepage www.aufbau.org unter diesem Posten einfach nachlesen, wir stellen die Vernetzung so wie sie Lobby-Watch aufzeigt, online. Sie sind prominent vertreten und wir alle kennen sicher Ruth Humbel, die dienstälteste Lobbyistin der Krankenkassen. Die CVP aka die Mitte zeichnet sich ohnehin durch eine grosse Liebe zu den Krankenkassen aus.

Andererseits ist die Aussage von Brand komplette Irreführung, weil die Krankenkassen selbst Versicherungen sind, die auf unserem Rücken Profit erwirtschaften. Die Prämien belasten uns alle monatlich massiv und das von Jahr zu Jahr mehr. In den letzte fünf Jahren sind sie um durchschnittlich 10% gestiegen, weitaus steiler, als die Nominallöhne steigen. Gestiegen sind ebenfalls die Reserven der Krankenkassen und die Boni der Krankenkassen-Bosse.

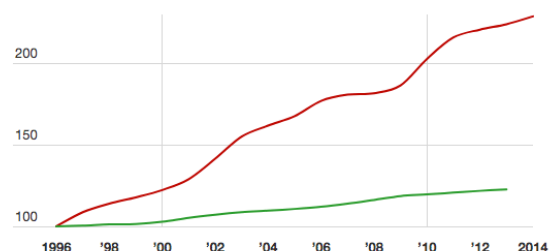
Entwicklung der mittleren, monatlichen Prämie in den letzten fünf Jahren

2016	2017	2018	2019	2020	2021
286.63	300.42	311.25	314.77	315.4	316.5
Franken	Franken	Franken	Franken	Franken	Franken

Prämienanstieg gegen Lohnentwicklung

Index: 1996 = 100

■ Prämien ■ Nominallöhne



Oben: Prämien im Schweizer Durchschnitt

rechts: Seit 2014 hat sich die Tendenz nicht verändert, die Nominallöhne stagnieren, die Prämien steigen.

Und wenn wir wirklich krank sind, dann bezahlen die Krankenkassen trotzdem nicht. Das Schweizer Gesundheitssystem gilt als das teuerste, nur die USA haben ein noch teureres Gesundheitssystem. Und obwohl wir alle obligatorisch versichert sind und mehrere hundert Franken pro Monat den Kassen abdrücken, bezahlen wir zusätzlich, sobald wir wirklich krank sind. In keinem europäischen Land ist die

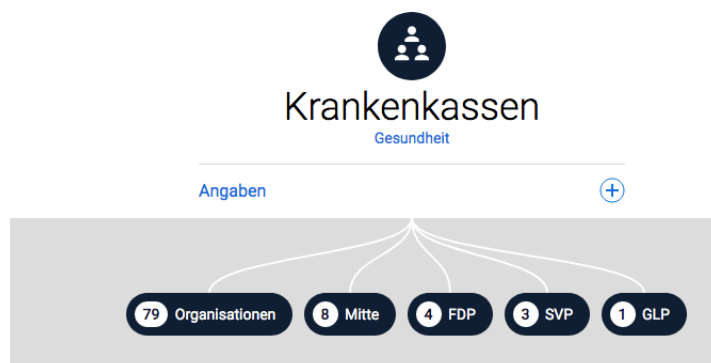
prozentuale Beteiligung an den Gesundheitskosten durch die Patient_innen so hoch wie in der Schweiz.

Hierzulande brüstet man sich gerne mit Solidarprinzip und Gleichberechtigung. Das ist reine Ideologie, das wissen wir, aber es beleidigt wirklich die Intelligenz. Prämien sind auch dann hoch, wenn wir Prämienverbilligung bekommen. Und sobald wir tatsächlich medizinische Hilfe in Anspruch nehmen, bezahlen wir noch mehr. Franchise und 10% Selbstbehalt. Der Mechanismus ist naheliegend: Wer kein Geld hat, wird wohl die höchste Franchise wählen, weil dadurch die Prämien leicht billiger wird. Die Konsequenz ist dann einfach, dass, wer arm ist, möglichst auf medizinische Hilfe verzichtet. Ich erfinde diesen Zusammenhang nicht aus propagandistischen Gründen, es ist nachweislich, dass die Armutsbevölkerung in der Schweiz sich medizinische Leistungen nicht leisten kann. Das wirkt sich natürlich auf die Gesundheit aus.

Dennoch sind wir alle gezwungen, die Krankenkassen zu mästen. Und im Fall einer Pandemie können sich die privaten Versicherer offensichtlich darauf verlassen, dass die Kosten sozialisiert werden. Die Staatskasse berappt das Extra wie Tests und Impfungen, die Spitäler, die durch das Tarifsysteem gezwungen sind Profit zu machen, produzieren indessen Defizite.

Die Krankenkassen stehen für ein System, das auf Profit ausgerichtet ist, nicht auf unsere Gesundheit. Eine staatliche Versicherung wäre ein erster, notwendiger Schritt, um dem Gesundheitswesen eine Chance zu geben, das zu werden, was es sein sollte: Eine Einrichtung für die Menschen, die es brauchen und jene, die darin arbeiten.

Lobby-Watch



- Die 79 Organisationen sind Unternehmen und Dachverbände
- Mitte /CVP: Lorenz Hess (SGK-N), Ruth Humbel (SGK-N), Martin Candinas , Martin Landolt, Leo Müller, Brigitte Häberli-Koller (SGK-S), Erich Ettlín (SGK-S), Peter Hegglin (SGK-S)
- FDP: Oliver François, Josef Dittli (SGK-S), Damian Müller (SGK-S), Anna Giacometti
- GLP: Martin Bäumle
- SVP: Alex Kuprecht (SGK-S), Marco Chiesa, Therese Schläpfer (SGK-N)
-

SGK-S: Kommission Gesundheit und Soziales des Ständerates.

SGK-N: Kommission Gesundheit und Soziales des Nationalrates

Insbesondere in der Kommission des Ständerates ist die Dominanz der Krankenkassen gut sichtbar, von 13 Mitgliedern stehen mindestens sechs auf der Lohnliste der Krankenkassen.

7. ORS (von Kriso Vom Forum für kritische Soziale Arbeit, www.kriso.ch)

Menschen auf der Flucht hat die Pandemie besonders hart getroffen. Im letzten Frühling hat Europa und die Schweiz kurzerhand die Grenzen dicht gemacht. Fluchtgründe wie Krieg, Armut oder Hunger bestanden weiter – oft wurden sie durch die gesundheitliche Gefährdung und die Krise sogar noch wesentlich verschärft. Und in genau in diesem Moment schliessen die Nationalstaaten ihre Grenzen. So wird es faktisch unmöglich, Asyl zu beantragen.

Aber auch die Gesundheit von geflüchteten Menschen in der Schweiz ist offensichtlich weniger schützenswert als die von Schweizerinnen und Schweizern.

Das Staatssekretariat für Migration und die Sicherheitsdirektion von Mario Fehr delegieren die Unterbringung und die Betreuung von Asylsuchenden unter anderem an die ORS Service AG. Das ist eine Firma, die einer Gruppe von Investoren gehört, die damit Geld verdienen wollen. Die ORS unterhält unter anderem diverse Bundeslager und Notunterkünfte für geflüchtete Menschen. In Bunker oder abgelegen auf dem Land mussten Bewohnerinnen und Bewohner auch schon vor der Pandemie unter unwürdigen Bedingungen leben. Als Corona sich ausbreitete war klar: keine Abstandsregel und kein Schutzkonzept kann in einer Notunterkunft oder einem Bundeslager eingehalten werden. Hunderte Menschen waren dort auf engem Raum eingesperrt und durften zeitweise überhaupt nicht nach draussen.

Wer denkt, die Betreiberin dieser Unterkünfte würde sich für die Gesundheit dieser Menschen interessieren, täuscht sich. Im Gegenteil: die ORS hat Hilfsorganisationen scharf kritisiert, die von sich aus Desinfektionsmittel und Informationsmaterial in Notunterkünften verteilten. Die ORS selber hat dort aber zum Teil nicht einmal Seife zur Verfügung gestellt. Wie absurd ist das? Es war kaum überraschend, dass es dann auch zu diversen Coronafällen in Notunterkünften kam. Die Bewohner im Bunker in Urdorf wurden kollektiv in Quarantäne geschickt, hier in den Erlenhof, vor dem wir stehen. Nichts mit Schutz, nichts mit Unterstützung. Zwei Geflüchtete haben sich verletzt, als sie versuchten aus diesem Haus zu fliehen.

Doch eigentlich sollte das alles nicht überraschen. Das rassistische Asylregime steht ja immer wieder in der Kritik. Ein weiteres Problem ist aber die ORS selber, die Betreiberin dieser Unterkünfte. Im Gegensatz zu den meisten Organisationen im Asyl- und Sozialwesen ist die ORS eine profitorientierte Firma. Eine Aktiengesellschaft, die mit der Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten Menschen jedes Jahr Millionen verdient. Ihre Aufträge muss die ORS möglichst billig umsetzen. Kein Geld für genug Personal für die Betreuung von traumatisierten Menschen. Statt ausgebildetem Personal, das auf die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner eingehen kann, ist es günstiger, die Securitas herbeizuziehen und die Situation eskalieren zu lassen. Und eben, kein Geld für Desinfektionsmittel oder Schutzmassnahmen. Wettbewerb und Marktlogik halten Einzug im Sozialwesen. Die Unterbringung von geflüchteten Menschen wird zum lukrativen Geschäft mit der Aussicht auf fette Profite. Für die Menschen, die auf diese Unterstützung angewiesen wären, hat das verheerende Folgen.

8. Abschluss

Wir sind nun, nachdem wir verschiedene Posten der Profiteure abgeklappert haben, im Kreis 4 an der Ecke Neufrankengasse/Langstrasse angekommen. Es ist dies das Quartier, wo die

Arbeiter_innenbewegung Zürichs historisch am stärksten war. Und es ist der letzte Posten unseres heutigen Stadtspazierganges, wo wir unsere, kämpferische Seite ins Licht rücken wollen.

Die Pandemie hat nicht nur Profiteure ans Tageslicht gebracht. Nein, es haben sich auch diverse gesellschaftliche Widersprüche verstärkt und Kampffelder für Gegenmacht von unten eröffnet. Krise lähmt vielleicht kurzfristig die Kampfkraft. Es erscheint nicht als gute Zeit, um offensive Forderungen zu stellen. Aber Klassenkampf bedeutet, dass immer wieder kleinteilige Prozesse stattfinden müssen, Gegenmacht entsteht nicht von heute auf morgen. Dazu aber später.

Natürlich ist an dieser Stelle über den Gesundheitssektor zu sprechen. Dieser gerät unter gewaltigen Konkurrenzdruck und dies in allen fast allen Ländern. Die Personalschlüssel in Spitäler oder Pflegeheimen sind fast durchs Band eine Zumutung geworden. Das ist eine direkte Folge davon, dass das Kapital in diesem Bereich investiert und sich dabei möglichst hohe Renditen erhofft. Die vielleicht manchmal etwas platt vorgetragene Parole «Klasse gegen Klasse» wird anhand von diesem Beispiel direkt fassbar: Es gibt kein gemeinsames Interesse von Lohnabhängigen und dem Kapital. Die einen wollen eine gute Pflege und zumutbare Arbeitsbedingungen, die anderen eine fette Rendite – die beiden Interessen schliessen sich aber aus.

In Massachusetts, in den USA, streiken Pfleger_innen seit mehr als 10 Wochen, ihre Hauptforderung ist nichts anderes, als dass mehr Personal eingestellt wird. Es ist auch eine Forderung nach guter Pflege für die Patient_innen. Doch auch in Zürich organisieren sich Menschen, die im Care-Bereich arbeiten und sie haben eine Demo angekündigt: **Am 26. Juni um 14 Uhr am Helvetiaplatz/ Ni una menos Platz findet eine Demo unter dem Titel «Gesundheit statt Profit» statt.**

Aber vor dem 26. Juni findet bekanntlich der 14. Juni und die Mobilisierungen im Rahmen der Frauenkampfkampagne statt. Dies erinnert uns unter anderem an den Prozess, den verschiedene betriebliche Basisgruppen vor zwei Jahren gegangen sind: Die Dynamik im Vorfeld dieses speziellen Tages hatte dazu geführt, dass auch im vermeintlich Kleinen Überlegungen betrieblicher Selbstorganisation gemacht wurden. Diese sind von aussen oft nicht sichtbar, nicht spektakulär und schon gar nicht medienwirksam.

In sechs Interviews haben wir diese Erfahrungen zusammengetragen und zu einer Broschüre verarbeitet, die Ausdruck subjektiver Ermächtigung am Arbeitsplatz darstellt. Thematisiert werden aber auch die damit verbundenen Probleme. Getreu der Dynamik am 14. Juni 2019 drehen sich die Erfahrungen vorwiegend um Realitäten des Care-Bereiches. Die Broschüre wird ab dem 14. Juni 2021 bei uns erhältlich sein.

Es werden in nächster Zeit viele krisenbedingte Abwehrkämpfe stattfinden, bei welchem wir auf die subjektiven Kampferfahrungen bauen müssen: Sei es bei der AHV oder den Arbeitslosenkassen; der Sozialabbau wird nicht nur uns beschäftigen. Herzlichen Dank für die Teilnahme am Stadtspaziergang und bis bald auf der Strasse – wir sehen uns spätestens am 26. Juni um 14.00 Uhr am «Ni una menos» Platz.